

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897

12 (8.1.1897) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagblatt.

Freitag, 8. Januar.

Mittagblatt.

№ 12.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelber frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1897.

Ausstände.

Zum zweitenmale hat das Statistische Departement im österreichischen Handelsministerium einen eingehenden Bericht über die Arbeitseinstellungen und Aussperrungen im Gewerbebetriebe Oesterreichs erstattet; die Darstellung, welche den Ministerialrath Professor Dr. Viktor Mataja zum Verfasser hat, gibt wiederum Kunde von einer Zunahme der Fälle von Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

In den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern fanden im Jahre 1895 im ganzen 205 Arbeitseinstellungen statt, gegen 159 im Jahre 1894, 172 im Jahre 1893, 101 im Jahre 1892 und 104 im Jahre 1891. Nicht mit einbegriffen in den für 1895 angegebenen Zahlen sind die Streiks in 10 Perlmutterknopfab- und 32 Modalknopf-Drechsereien in Wien, in denen die Meister gemeinsam mit den Gehilfen streikten, erstere um bessere Preise bei den Exporteuren, letztere um dementsprechend höhere Löhne bei den Meistern zu erzielen, die betreffenden Arbeitseinstellungen also sich nicht gegen die Inhaber der Unternehmungen, sondern gegen die Exporteure, d. i. die Abnehmer der streikenden Meister, richteten.

Die Forderungen der Streikenden sind in dem Bericht in drei Gruppen getheilt, je nachdem sie sich auf die Lohnhöhe, die Arbeitszeit oder andere Gegenstände beziehen. Am häufigsten kamen Forderungen in Betreff der Lohnhöhe vor, nämlich bei 130 Arbeitseinstellungen mit 22 518 streikenden Arbeitern; Forderungen in Betreff der Arbeitszeit wurden bei 60 Streiks mit 16 750 Arbeitern gestellt. Unter den Fällen mit Lohnforderungen sind jene die bei weitem häufigeren gewesen, bei denen das Begehren auf Erhöhung der Löhne gerichtet war, sei es in Form der Erhöhung der Tagelöhne oder Akkordlöhne, sei es — was zwar eine geringere, aber trotzdem sehr belangreiche Rolle spielt — durch Bezahlung der Feiertage, höhere Bezahlung der Leberstunden u. dergl.; viel seltener handelte es sich bei den Forderungen lediglich um Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne, nämlich 21mal gegenüber 109 Fällen mit Forderungen einer Lohnerhöhung auf diese oder jene Weise. Ähnlich ist es bei den Forderungen der Fall, die mit der Arbeitszeit zusammenhängen. Auch hier ist die Forderung der Aufrechterhaltung der bestehenden Arbeitszeit nur in vier Fällen zu verzeichnen, während die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in 50 Fällen gefordert wird und noch andere Forderungen, welche gleichfalls auf eine Verkürzung der Arbeitsdauer, wenn auch nicht an jedem Tage, hinauslaufen, wie Abschaffung oder Beschränkung von Ueberstunden oder Sonn- und Feiertagsarbeit u., wiederholt vorkommen. Beachtenswerth ist auch, daß die Zahl der zwecks Erzielung einer Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung streikenden die Zahl der beabsichtigten Aufrechterhaltung der Löhne oder Arbeitsdauer streikenden bei weitem mehr übertrifft, als die Zahl der Ausstände mit ersteren Forderungen jene der zweiten Art. Es handelte sich also bei durchschnittlich kleineren Streiks um Forderungen der Hintanhaltung einer Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses.

Was den Erfolg der Arbeitseinstellungen anbelangt, so endeten für die Streikenden im Jahre 1895 55 Fälle oder 26,83 Proz. aller Arbeitseinstellungen mit 3489 streikenden Arbeitern oder 12,45 Proz. der Gesamtzahl der ausständigen Arbeiter mit vollem Erfolg, 99 Fälle oder 48,29 Proz. mit 7227 streikenden Arbeitern oder 25,79 Proz. ohne Erfolg, 51 Fälle oder 24,88 Proz. mit 17 310 ausständigen Arbeitern oder 61,76 Proz. mit theilweisem Erfolg, und zwar unter diesen letzteren mit einem Erfolg, der sich auf Lohnhöhe oder Arbeitszeit oder auf beides bezog, 44 Fälle oder 21,46 Proz. mit 16 212 streikenden Arbeitern oder 57,85 Proz. Es zeigt sich also, wie schon im Jahre 1894, die beachtenswerthe Erscheinung, daß die Prozentzahlen der Streiks, die mit vollem Erfolg endeten, jene der auf sie entfallenden streikenden Arbeiter merklich übertrifft, daß also diese erfolgreichen Streiks durchschnittlich einen geringeren Umfang hatten. Während hingegen die erfolglosen Streiks 1894 eine relativ große Arbeiterzahl betrafen, ist dies — und zwar in besonders starkem Maße — 1895 bei den Ausständen mit theilweisem Erfolg der Fall. Auf die Erscheinung, daß sich die Ergebnisse der Streiks im Jahre 1895 günstiger für die Streikenden als im Vorjahre darstellten, ist insbesondere der Ausgang der Wien betreffenden Arbeitseinstellungen von Einfluß, wo von den 72 Streiks 24 mit vollem Erfolg und nur 33 mit 1022 Arbeitern gänzlich ohne Erfolg endeten. Für das übrige Staatsgebiet als Ganzes genommen war dagegen der Ausgang der Streiks vom Standpunkte der Streikenden aus nicht wesentlich günstiger als im Jahre 1894, indem allerdings der

Prozentfuß der erfolglos streikenden abgenommen hat, dafür aber auch jener, welcher auf diejenigen Arbeiter entfällt, die ihre Forderungen vollständig durchgesetzt haben. Im allgemeinen war der Erfolg der Ausständigen bei den vollständigen Arbeitseinstellungen, d. h. bei Beteiligungen aller Arbeiter des Betriebs am Ausstände, ein größerer.

Eine wichtige Frage, welche bei Betrachtung der Arbeitseinstellungen auftaucht, ist die nach den Verlusten und Opfern, welche die Ausstände den Unternehmern und den Arbeitern verursacht haben. Die österreichische Statistik gibt auf diese Frage keine erschöpfende Antwort, gewährt jedoch hierzu einige Anhaltspunkte. Es sind 28 026 streikende und 2005 gezwungene feiernde Arbeiter, für erstere 297 845, für letztere 25 118 und somit insgesamt 322 963 im Jahre 1895 veräumte Arbeitstage gezählt worden. Im ganzen fielen 29 Ausstände vor, bei denen die gesammte Arbeiterschaft der betreffenden Unternehmungen die Arbeit einstellte, und 18, bei denen die Arbeitseinstellung der Streikenden die gesammte übrige Arbeiterschaft zum Feiern nöthigte; es gab also 47 Fälle, in denen eine Betriebsunterbrechung stattgefunden hat. Die Berechnung des durch dieselbe verursachten Lohnausfalles — unter Berücksichtigung der Anzahl der beteiligten Arbeiter in den einzelnen Streikphasen bei Arbeitseinstellungen mit wechselnder Beteiligung — hat für alle streikenden Arbeiter den Betrag von rund 341 000 Gulden ergeben, wovon etwa 26 000 Gulden auf die vollständig erfolgreichen, 170 000 Gulden auf die theilweise erfolgreichen und 145 000 Gulden auf die erfolglosen Streiks entfallen. Auf die die Arbeit in dem Betriebe wieder aufnehmenden Arbeiter kommen im ganzen vom genannten Betrage 300 000 Gulden, und zwar etwa 24 000 Gulden bei den vollständig erfolgreichen, 160 000 Gulden bei den theilweise erfolgreichen und 116 000 fl. bei den erfolglosen Ausständen. Bei 81 unter den 205 vorgefallenen Arbeitseinstellungen werden Arbeiterentlassungen verzeichnet. Die Anzahl der Entlassenen beträgt 1 624, die der aus anderen Gründen ausgeschiedenen 717, diejenige der neu aufgenommenen 1 061. Der aus Anlaß der Ausstände entstandene Arbeiterwechsel, der nicht bloß als die Interessen der Streikenden schädigend gelten kann, sondern auch als eine dem Industriebetrieb erwachsende Verachttheilung in Betracht kommt, war demnach durchaus nicht unbedeutend. In 40 Fällen waren Arbeiter infolge der Arbeitseinstellungen anderer zum Feiern nöthigt. Ihre Gesamtzahl betrug 2 005, ihr Lohnverlust — unter Ausparatung jenes Arbeitsentganges, für welchen der Arbeitgeber freiwillig oder infolge gesetzlicher Bestimmung aufkam — bezifferte sich nach den erstatteten Mittheilungen auf rund 35 000 Gulden.

Die südafrikanischen Wirren.

(Telegramme.)

* London, 7. Jan. Ungeachtet der unleugbar geschickten inscenirten Kundgebungen am Kap und der wirksamsten Berichterstattung ist hier der Eindruck von Rhodes' Abgang keineswegs günstig. Man erkennt und hebt hervor, selbst in Kreisen, die Rhodes durchaus nicht unfreundlich sind, daß bei den Kundgebungen alle diejenigen Persönlichkeiten fehlten, die solchen Vorkommnissen Ansehen und Gewicht verleihen konnten. Kein Minister oder ministerfähiger Politiker war zugegen. Die schweigende Aufnahme des Trinkspruchs auf den Gouverneur, sowie manche Epigen in Rhodes' Reden gegen die Kapregierung und das Kolonialamt gaben der ganzen Veranstaltung den Charakter einer reinen Parteifundgebung, die unfehlbar Gegenfundengeungen veranlassen muß. Hier sind selbst die neuerdings still gewordenen, aber treu gebliebenen Freunde von Rhodes verstimmt über dessen augenscheinliches Vermögen, die bevorstehende parlamentarische Untersuchung ungestört zu beeinflussen. Diese Empfindung findet heute offen, wie zwischen den Zeilen von Artikeln der Rhodes' sonst freundlich gesinnten Blätter wie in Privatgesprächen unverhohlen Ausdruck.

* London, 7. Jan. Die Einsetzung der Schadenersatz-Ansprüche von der Südafrikanischen Republik steht unmittelbar bevor. Präsident Krüger hat versucht, die Summe möglichst niedrig zu halten, während seine Umgebung für eine möglichst hohe Forderung war. Von gut unterrichteter Seite wird geglaubt, daß der Anspruch ungefähr 20 Millionen Mark betragen werde. Die Einsetzung der Forderung wird auf gewöhnlichem diplomatischem Wege an die englische Regierung erfolgen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 8. Januar.

* (Badiſche Erbschaften im Auslande.) Für die

Mannigfaltigkeit der Beziehungen der Angehörigen unserer engeren Heimath zu den Bewohnern ferner Welttheile gibt die vielfache Inanspruchnahme der Behörden zur Geltendmachung der in überseeischen Ländern zu wählenden Vermögensansprüche, bei welchen Badener betheiltigt sind, herabes Zeugniß. Insbesondere sind es Erbschaften an den Nachlaß ausgewanderter ehemaliger Badener, für welche die Vermittelung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Kaiserlich deutschen Konsulate in Anspruch genommen wird. Wie erfolgreich diese Vermittelung ist, dürfte daraus hervorgehen, daß in dem verfloffenen Jahre durch dieselbe Erbschaftsgelder im Betrage von mehr als 150 000 M. aus überseeischen Ländern, besonders aus den Vereinigten Staaten von Amerika, badiſchen Staatsangehörigen zugeflossen sind und daß dieser Betrag für die letzten sieben Jahre sich auf nahezu eine Million Mark beläuft.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 8. Jan. Die Stadtverordneten wählten einstimmig Dr. Langerhans zum Vorsteher und den Stadtverordneten Michelet zu seinem Stellvertreter.

* Hamburg, 7. Jan. Nach einer Statistik des „Generalanzeigers“ lagen gestern 250 Schiffe im Hamburger Hafen, davon arbeiteten 153 mit 304 Gängen. Von 348 Quaikränen waren 166 in Thätigkeit, während 182 brach standen.

* Bern, 7. Jan. Nach einer Meldung der „Schweizer Telegraphen-Agentur“ sind gegenwärtig Unterhandlungen im Gange behufs Abschlusses eines Handelsvertrages mit Bulgarien.

* Wien, 7. Jan. Nach einer Meldung der „Politischen Korresp.“ aus Sofia ist Fürst Ferdinand an der Influenza erkrankt, befindet sich aber auf dem Wege der Besserung. Die Fürstin und Prinzessin Clementine sind am 3. d. M. nach Philippopol abgereist, wo sich wegen der in der Hauptstadt herrschenden Epidemien die gegenwärtige Residenz des Fürsten befindet.

* Wien, 7. Jan. Das Abgeordnetenhaus nahm heute den Titel „Volksschulen“ unverändert an. Eine Resolution des Budgetausschusses, wonach die Regierung aufgefordert wird, die Frage der Ertheilung des Öffentlichkeitsrechtes an die böhmische Volksschule im zehnten Wiener Bezirk, die sogenannte Komenstsch-Schule, in Erwägung zu ziehen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 122 gegen 111 Stimmen angenommen. — Nach Erledigung des Unterrichtsbudgets begann die Berathung des Budgets des Finanzministeriums. Im Laufe der Berathung erklärte der Finanzminister Dr. v. Bilinski, er sei erfreut, daß die Bevölkerung bereits den neuen Geist im Vorgehen der Steuerbehörden bemerkte. Dieselben seien angewiesen worden, das Interesse der Steuerzahler ebenso wahrzunehmen, wie das Interesse des Staateschutzes. Er, der Minister, werde die Frage der Einführung eines Hündenzollens-Monopols prüfen lassen; er mache aber auf die dadurch erfolgende Schädigung der kleineren Fabrikanten aufmerksam. Er bitte, den Vorschlag so schnell wie möglich anzunehmen.

* Paris, 7. Jan. Die indirekten Staatseinnahmen im Jahre 1896 weisen dem Budgetvoranschlage gegenüber ein Mehr von 4 1/2 Millionen und gegenüber den Einnahmen im Jahre 1895 ein Mehr von 40 1/2 Millionen auf.

* Brüssel, 8. Jan. Sämtliche Vergleute wollen am Sonntag beschließen, in den Generalstreik einzutreten, falls ihnen keine Lohnerhöhung bewilligt wird.

* Neapel, 7. Jan. Der Trauerfeier für den verstorbenen Kardinal Sanfelice wohnten die hohe Geistlichkeit, der Präfect, der Bürgermeister, der Deutsche Botschafter v. Bülow, die Generalität, die Admiralität, Senatoren, Deputirte und andere bei. Am Nachmittage geleitete ein überaus zahlreiches Trauergefolge, in dem sich auch der Deutsche Botschafter befand, den Sarg nach dem Friedhofe.

* Vrest, 7. Jan. Das Kriegsgericht hat alle Soldaten, welche wegen Ausschreitungen verhaftet waren, die sie anlässlich des St. Barbara-Festes am 4. Dez. 1896 verübt hatten, freigesprochen.

* Madrid, 8. Jan. Nach einer amtlichen Depesche aus Havanna hat General Weyler die Provinz Pinar del Rio verlassen, um die Operationen in den Provinzen Havanna und Matanzas persönlich zu leiten. Er wird sich sodann in die Provinz Santellara begeben. Seine Absicht ist, die Ausständigen auszuhungern.

* Belgrad, 7. Jan. Aus Leskneb wird gemeldet, daß der dortige Wali bei der gestrigen Weihnachtsfeier durch List und Gewalt dem nicht beständigen griechischen Bischof Ambrosius die Abhaltung der Liturgie in der Heilandskirche ermöglichte. Da die serbischen Einwohner dies zu verhindern suchten, kam es zu einem Handgemenge mit dem Militär und der Genbarmerie, bei welchem viele Personen verletzt wurden. Zur Beruhigung der Bevölke-

... rung wurde der Metropolit durch eine Militär-Eskorte aus der Kirche geführt, wobei er von der Menge mit Steinen beworfen wurde. Es herrscht hier große Erregung. Man befürchtet erneute, ernstere Kundgebungen.

* Tunis, 7. Jan. Bei einer gestern im französischen Theater unter Vorsitz des französischen Generalresidenten Millet und des italienischen diplomatischen Agenten und Generalkonsuls Machiavelli veranstalteten Wohlthätigkeitsvorstellung wurde die Marcellaise und die italienische Hymne hinter einander gespielt, stehend angehört und von den Mitgliedern beider Kolonien mit Beifall begleitet. Es ist dieses die erste derartige Kundgebung in Tunis.

* Washington, 8. Jan. Im Senat brachte gestern Senator Wills einen Beschlusstrag ein, nach dem die Unabhängigkeit Cubas anerkannt und 10 000 Dollars an Gehalt für einen amerikanischen Gesandten auf Cuba bewilligt werden sollen. In dem Beschlusstrag wird ferner erklärt, daß für die Anerkennung der Kongreß und nicht der Präsident zuständig sei. Die Berathung wurde auf Montag vertagt.

* Melbourne, 8. Jan. Die Schiffsmaschinen haben gestern eingewilligt, auf sämtlichen Schiffen die Arbeit wieder aufzunehmen mit Ausnahme der Schiffe einer Firma, die sich geweigert hatte, die während des Ausstandes angenommenen Richtgewerksvereinler zu entlassen. Die Arbeiter nahmen für die Firma Partei und lehnten es ab, irgendwelche Maschinen sicher wieder in Arbeit zu nehmen, falls nicht alle Firmen von den Gewerksvereinen gleich behandelt würden. Der Ausstand hat daher wieder begonnen.

Verschiedenes.

† Berlin, 7. Jan. (Telegr.) Das Kammergericht lehnte die Berufung der Gräfin Cabour in Buzarest gegen die minderjährige Tochter Ferida des Afrikareisenden Emin Pascha auf Nichtigkeitserklärung des Testaments ab, wodurch letztere die einzige legitime Tochter Emin's anerkannt und zur Univerfalerbin desselben eingesetzt wird. Das Gericht erachtete die Feststellung des Berichterichters als korrekt und erkannte demgemäß auf Abweisung der Klage.

† Gießen, 7. Jan. (Telegr.) Der Professor der Mineralogie August Streng ist heute hier gestorben. (August Streng, geboren am 4. Februar 1830 zu Frankfurt a. M., studierte in Karlsruhe und Marburg und habilitierte sich 1853 in Heidelberg für Chemie. Bald wurde er Lehrer der Chemie an der Bergschule in Clausthal und 1862 Professor daselbst. 1867 kam er als ordentlicher Professor der Mineralogie nach Gießen, als welcher er bis 1895 thätig war. Von seinen zahlreichen Werken erwähnen wir die Arbeiten über die wichtigsten kristallinischen Gesteine des Harzes, die Theorie des Kupfäufers. Im besondern verbandt man ihm mehrere wichtige mikroskopische Reaktionsmittel von großer Schärfe.)

† Frankfurt, 8. Jan. (Telegr.) Wie uns von dort berichtet wird, hatte „Der arme Heinrich“, Musikdrama von Hans Pfitzner, Dichtung von James Grund, bei seiner Uraufführung im dortigen Opernhaus einen durchschlagenden Erfolg. Komponist und Dichter wurden zehnmal stürmisch gerufen.

† Hamburg, 7. Jan. (Telegramm.) Die Nachricht, daß auf zwei aus Calcutta in Hamburg eingetroffenen Dampfern Erkrankungen vorgekommen sind, ist, wie die „Hamb. Börsenhalle“ meldet, nach eingehenden Erkundigungen unrichtig festgestellt ist, daß auf dem in voriger Woche von Ostindien hier angekommenen Dampfer „Baugalore“ sechs Personen erkrankt sind; davon war eine schwindsüchtig und ist gestorben, die andern waren unbedeutend erkrankt.

† Hamburg, 7. Jan. (Telegr.) Der an Grund getretene Schnelldampfer „Fürst Bismarck“ liegt noch fest, jedoch in günstiger Lage. Sobald der Wind umspringt und mehr Wasser bringt, wird der Dampfer wieder flott werden.

† Hamburg, 8. Jan. (Telegr.) Der bekannte Larvingologe Dr. Michael ist laut „Berl. Lokalanz.“ gestern in Ausübung seines Berufes an einem Schlaganfall gestorben.

† Straßburg i. G., 7. Jan. (Telegr.) Vor der hiesigen Strafkammer wurde heute gegen den im Oktober v. J. verhafteten ehemaligen Geldagenten des Grafen, der sich fälschlich als Arzt ausgab und als solcher praktizierte, verhandelt. Der Angeklagte, der einer angesehenen Brüsseler Familie entstammt, aber auch in seiner Heimath mit Gefängniß bestraft wurde, hat hier unter Mißbrauch des bekannten ärztlichen Namens eines Verwandten und ohne selbst Arzt zu sein, eine Poliklinik errichtet und verschiedene Lieferanten durch Betrug geschädigt. Der Angeklagte wurde wegen Betrugs in 5 Fällen zu einer Gefängnißstrafe von einem Jahr und 6 Monaten Gefängniß und wegen Fälschung eines Diploms sowie Fälschung falschen Namens und Zeichens zu einer mehrwöchentlichen Haftstrafe verurtheilt, wofür letztere als durch die Untersuchungsbehörde verurtheilt erklärt wird.

† Witten, 8. Jan. (Telegr.) Seit gestern stehen die Werkstätten und die Kesselschmiede der Staatsbahn, vorm Böhmisches Westböhmen, in Flammen. Die städtische und sämmtliche Fabrikfeuerwehren arbeiten mit großer Anstrengung, des Feuers Herr zu werden. Das unmittelbar an den Bahndort anstoßende Wagenmagazin der Staatsbahn schwebt in großer Gefahr.

† Lyon, 7. Jan. Der Polizeikommissär Casanova erhielt gestern Vormittag einen Brief von einer Näherin Namens Beaumont, in welchem dieselbe ihren Geliebten, den Korsten Felix Wright, als Falschmünzer denunzierte. Der Polizeikommissär begab sich sofort in die Wohnung Wright's und nahm dessen Verhaftung vor. In demselben Augenblicke stürzte die Näherin mit einem Aufschrei tod zu Boden. Sie hatte sich vergiftet.

† Melbourne, 8. Jan. (Telegr.) Die Stadt Port Darwin wurde durch einen Orkan fast gänzlich zerstört, die telegraphische Verbindung ist unterbrochen.

Verantwortlicher Redakteur Julius Käß in Karlsruhe.

Feine Reduktionsverhältnisse: 1 Ztr. = 8 Rnt., 7 Gulden fädd. und holländ. 16 Rnt., 1 Gulden 8. 2 Rnt., 1 Rnt. = 80 Pf.

Frankfurter Kurse vom 7. Januar 1897.

Table with multiple columns listing various securities, bonds, and exchange rates. Includes entries like 'Staatspapiere', 'Eisenbahn-Aktien', 'Verzinsliche Loose', and 'Inländische Pfandbriefe'.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung, Karlsruhe.
Haushaltungsbuch
für das Jahr 18...
Preis gebunden Mk. 1.—
Unser Haushaltungsbuch empfiehlt sich durch eine praktische und übersichtliche Eintheilung allen Hausfrauen.
Vorräthig in allen Buch-, Papier- und Schreibwaarenhandlungen.
Zwangsvollstreckung.
Samstag den 9. Januar 1897, Vormitt. 10 Uhr, werde ich im Pfandlokal...
Dreismaschine
für Doppeltwerk im Vollstreckungswege öffentlich gegen Baarzahlung veräußern.
Freiwillige Gerichtsbarkeit.
C.151. Karlsruhe. Wilhelm Roth dahier hat um die Erlaubniß nachgesucht, den Familiennamen der am 27. Oktober 1879 zu Straßburg i. E. geborenen Melanie Oberst in „Roth“ umändern zu dürfen.
Erbeinweisung.
C.62.3. Nr. 18,578. Ueberlingen. Zimmermann Friedrich Lorenz von Altheim hat um Einweisung in die Gewähr des Nachlasses seiner Ehefrau, Johanna, geb. Maier, gebeten.

eingetragen: Firma und Niederlassungs-ort: „Preßverein Konstanz“.
Rechtsverhältnisse der Gesellschaft: Die Gesellschaft hat sich unterm 13. Juli 1896 konstituiert und ist der Sitz derselben Konstanz. Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb von Verlagsgeschäften, insbesondere die Herausgabe von Zeitschriften, der Betrieb der sonstigen Geschäfte des Buch- und Kunsthandels und der Druckerei, sowie die Erweiterung von zu diesem Geschäftsbetriebe erforderlichen Grundstücken und Einrichtungen. Die Zeitdauer des Unternehmens ist unbestimmt, das Grundkapital beträgt fünfzehntausend Mark und zerfällt in fünfzehnhundert Aktien zu je zweihundert Mark. Die Aktien lauten auf Namen und können nur mit Genehmigung des Aufsichtsraths und der Generalversammlung auf andere Personen übertragen werden. Sämmtliche Aktien sind von den Gründern übernommen worden.
Die Gründer sind:
1. Beyerle, C., Rechtsanwalt in Konstanz,
2. Boehringer, Enäble Frau von da,
3. Carlein, Pfarrer in Pfüllendorf,
4. Dietrich, M., Notar in Walldürn,
5. Deggelmann, Simon, Privat in Konstanz,
6. Emele, C., Maler von da,
7. Federpiel, Mich., Kaufmann von da,
8. Freidhof, Rudolf, Pfarrer in Walldürn,
9. Geiges, Ferdinand, Schreiner in Konstanz,
10. Hofer, von, Albert, Bankier von da,
11. Jung, Oberstiftungsrat von da,
12. Hummel, R., von da,
13. Kattenbacher, Joh. Evng., von da,
14. Konz, Patrizius, von da,
15. Lohrer, Eduard, von da,
16. Mutter, Friedolin, von da,
17. Ros, Dr., Rechtsanwalt von da,
18. Schärer, Lorenz, Pfarrer von da,
19. Roth, Richard, von da,
20. Schöber, Dompfarrer in Freiburg,
21. Schwarz, A., Beneficiat, Konstanz,
22. Streicher, A., von da,
23. Vincent, Paola Nicola, von da,
24. Witt, Josef, Gürtler von da,
25. Derselbe, als Vorstand des kathol. Männervereins,
26. Zoller, Gottfried, Flaschner von da.
Die Aktiengesellschaft übernimmt das am 16985 M. 79 Pf. gewerthete Aktivvermögen des (alten) Preßvereins mit den darauf ruhenden Schulden ab 3000 Mark und den darauf ruhenden, und zwar auf Lebenszeit der betref. Gläubiger zuwider Paßkapitalien von 6000 M. und 1000 M. und es besteht im Uebrigen die Gegenleistung an die Theilnehmer des alten Preßvereins darin, daß die Stammanttheile mit je 50 M. zum vollen Werthbetrage als (ix) Anzahlung auf die von ihnen gezeichneten Aktien angenommen werden.
Demzufolge wurden von den Gründern auf Aktien folgende Stammanttheile einbezahlt:
a. auf je 1 Aktie: D.3. 3. 4. 6. 13. 19. 11. 17 je 50 „
„ 1. 2. 9. 24 „ 100 „
„ 8. 22 „ 150 „
„ 14. 15. 16. 25 „ 200 „
b. je 2 Aktien: D.3. 10. 12 je 100 „
„ 20. 23 „ 250 „
c. je 3 Aktien: D.3. 7 je 600 „
d. je 5 Aktien: D.3. 5 je 750 „
e. je 16 Aktien: D.3. 18. 21 je 800 „
Die Organe der Gesellschaft sind:
1. der Vorstand (Direktion),
2. der Aufsichtsrath,
3. die Generalversammlung.
Der Vorstand besteht aus zwei oder mehreren Mitgliedern. Diese sind besonders angeordnete Vorstandsmitglieder, als welche auch die Redakteure berufen werden können.
Der Aufsichtsrath besteht aus mindestens drei, höchstens zehn Mitgliedern. Die Wahl derselben erfolgt durch die Generalversammlung aus der Mitte der Aktionäre, und zwar das erste Mal auf ein Jahr, weiterhin auf zwei Jahre, die Ausgewählten sind sofort wieder wählbar. Kommt die Stelle eines Aufsichtsraths im Laufe der Wahlperiode durch Erledigung, so wird dieselbe durch denjenigen Aktionär ersetzt, welcher bei der betr. Wahl die höchste Stimmenzahl nach dem Gewählten auf sich vereinigt hat. Der Aufsichtsrath wählt alljährlich in seiner ersten Sitzung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Wiederwahl ist statthaft. Der Stellvertreter hat, sobald er in Vertretung handelt, die Rechte des Vorsitzenden. In den Grenzen der Statuten verfügt und beschließt der Aufsichtsrath selbständig in allen Angelegenheiten der Gesellschaft, soweit die Beschlussfassung nicht der Generalversammlung vorbehalten ist. Zu den Sitzungen des Aufsichtsraths werden die Mitglieder von dem Vorsitzenden bezw. dessen Stellvertreter unter Bezeichnung der Beratungsgegenstände berufen, so oft er es für notwendig erachtet. Eine Aufsichtsrathsitzung muß innerhalb sieben Tagen einberufen werden, sobald zwei Mitglieder des Aufsichtsraths oder ein Mitglied des Vorstandes darauf antragen. In schleunigen Fällen können nach dem Ermessen des Vorsitzenden Beschlüsse des Aufsichtsraths durch Einholung schriftlicher Vota gefaßt werden. Der Aufsichtsrath ist beschlußfähig, wenn